

# Richtungswahl: Humane oder kriegskonforme Uni?

## Zum Ergebnis der studentischen Wahlen

„Im Norden des Gazastreifens haben 97 Prozent der Haushalte nicht genug zu essen. Im Süden liegt die Zahl der Vertriebenen bei 83 Prozent. Die Hälfte der Menschen im Norden und mehr als ein Drittel der Vertriebenen im Süden sind schlichtweg am Verhungern. (...) Ich fordere den Rat auf, keine Mühen zu scheuen, um auf einen sofortigen humanitären Waffenstillstand, den Schutz der Zivilbevölkerung und die dringende Bereitstellung lebensretter Hilfe zu drängen.“

(Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, 8.12.2023)

„Die deutschen Rüstungsexporte haben 2023 den Höchststand von rund 12,2 Milliarden Euro erreicht. Das geht aus einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums hervor. (...) Der bisherige Höchststand von 9,35 Milliarden Euro war 2021 erzielt worden, der neue Rekord liegt 30 Prozent darüber. Im Vergleich zu 2022 stieg der Wert der Exportgenehmigungen insgesamt um 46 Prozent.“

(Spiegel online, 4.1.2024)

„Wenn wir von Leitkultur sprechen, von unserer Art zu leben, dann gehört für mich dazu, vor Weihnachten einen Weihnachtsbaum zu kaufen“

(Friedrich Merz, 21.12.2023)

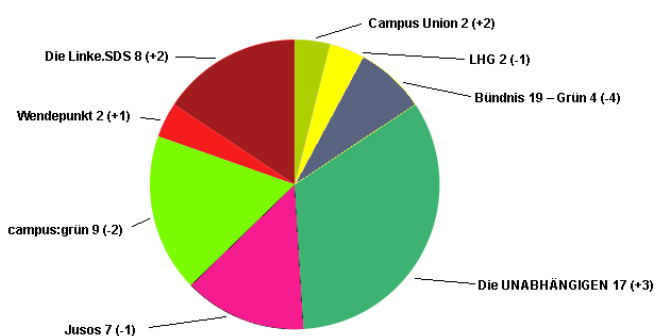
Im Nahen Osten und weltweit: In den Kriegen dieser Welt wird täglich auch mit deutschen Waffen gemordet. Nicht nur im Nahen Osten wird mit Waffenexporten das fortgesetzte Töten und Sterben auf beiden Seiten, wird die Spirale von Hass und Gewalt befeuert, statt endlich Wege zu einem friedlichen Zusammenleben zu suchen. Zunehmend wird deutlich, dass Imperialismus und Kapitalismus keinen Weg zum Frieden bedeuten können.

Statt Militarismus und geopolitischer Machtpolitik ist überall die Stärkung der Vereinten Nationen, internationale Kooperation und die Verwirklichung des Allgemeinen Wohls jetzt geboten – auf allen Ebenen, menschlich, sozial und ökologisch. Das bedeutet konkret Solidarität mit den Unterdrückten, sowie Widerstand gegen die Politik der BRD, der Hochschule und deren Repressionen. Unterdessen fischt die CDU im braunen Sumpf, benutzt Migrant\*innen und Geflüchtete als Blitzableiter, um von wachsender sozialer Ungleichheit abzulenken, und ruft nach deutscher Leitkultur mit christlich-fundamentalistischen Anklängen.

Doch auch die Ampel-Koalition knickt unter dem gespürten Rechtsruck ein und bedient rassistische Ressentiments, nur in einem scheinheiligen „menschfreundlicheren“ Sprech,

statt eine Hoffnung auf soziale Verbesserung zu bieten. Damit unterstützt sie nicht nur den gesellschaftlichen Rechtsruck, sondern verschiebt auch die politische Wirklichkeit weit nach rechts.

### Sitzverteilung im Studierendenparlament



### Stupasitzung

vorauss. mit AstA-Wahl:

Mo., 29.1., 20 Uhr, Hörsaal XIII (Hauptg.)

Das nach Recherche des correctiv aufgedeckte Treffen von AfD-Politikern, Neonazis, rechtsgesinnten Unternehmern und Dozenten ist für viele, insbesondere für migrantische Studierende, keine Überraschung. Denn Rassismus, Krieg und Kapital gehen Hand in Hand. Es gilt die Unsicherheit und Angst über solche Treffen gemeinsam zu überwinden, hin zu einer stärkeren Organisierung gegen Rechts. Die Hochschule darf rechten Kräften keine Bühne bieten und muss entschieden gegen jede Ideologie der Ungleichwertigkeit

von Menschen aufklären und eintreten. Die Hochschule darf kein Raum sein für Rechte und alle, die sich ihnen anbieten.

Das Ergebnis der studentischen Wahlen bedeutet trotz dieser Lage erneut eine linke Mehrheit im Studierendenparlament bei wachsender Polarisierung und größere Verantwortung der progressiven Gruppen für bewegungsorientierte, internationalistische studentische Interessenvertretung:

Gegen die Hetze von rechts sind bei den studentischen Wahlen der Wendepunkt und SDS mit einem antirassistischen und friedensorientierten Wahlkampf deutlich gestärkt worden. Auf der anderen Seite sind zwei Sitze für die neu angetretene Campus Union (CDU-Hochschulgruppe) in Zeiten von Friedrich Merz und immer noch zwei Sitze für die LHG (FDP-Hochschulgruppe) Ausdruck der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse; denn rechte Auffassungen machen auch vor den Hochschulen nicht Halt.

Die „Unabhängigen“ profitieren von noch verbreiteter Entpolitisierung der Hochschulen und der Ansage, in Krisenzeiten müsse man sich erstmal um sich selbst kümmern, anstatt kollektiv um eine bessere Universität als Teil einer besseren Welt zu kämpfen; sie gewinnen drei Sitze dazu mit Ausschank von Glühwein und der bescheidenen Suggestion, ein erträglicheres Studium sei unter der Akzeptanz der marktkonformen Ausrichtung der Hochschulen und gesellschaftlicher Ungleichheit anstrebenenswert und möglich.

Insbesondere diejenigen Gruppen, die mit der Ampel-Koalition in Verbindung gebracht werden, verlieren Stimmen: Campus:grün und die Jusos verlieren Sitze und sind gefordert, stärker Opposition zur brachialen menschen- wie klimafeindlichen Politik der Ampel zu betreiben; die Fake-Liste „Bündnis 19 grün“ (mit grün haben sie nichts zu tun) halbiert sich erfreulicherweise.

Unweit stagniert die Wahlbeteiligung auf niedrigem Niveau von 8,3%, womit niemand zufrieden sein kann. Die immer noch verbreitete Entpolitisierung und Anonymisierung im Alltag ist nicht ohne Alternative: Im letzten Jahr hat sich studentische Bewegung für die Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden, für Verbesserung bei BAföG, Finanzierung der Studiwerke, einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte und gegen die Ökonomisierung der Hochschulen durch gebührenpflichtige Weiterbildungsstudiengänge neu konstituiert.

Die Hochschulen sind umkämpfte Orte. Unsere Aufgabe als Studierende ist es, sie als Orte der kritischen Wissenschaft, der Debatte und eines solidarischen Zusammenseins auszurichten. Gemeinsam mit weiteren progressiven Kräften der Gesellschaft müssen wir Antworten auf die Krisen des kapitalistischen Systems sowie dem ihm innewohnenden diskriminierenden Praxen entwickeln.

Politische Arbeit findet nicht nur im Studierendenparlament statt, sondern muss von allen Mitgliedergruppen der Universität gemeinsam auf dem Campus, in Fachschaften und in die universitären Gremien (z.B. Senat) getragen werden

Eine oppositionelle Praxis auf dem Campus ist auch notwendig, damit das, was in der Welt passiert, und das, was alle täglich tun, nicht immer weiter auseinander klappt und nicht Vereinzelung und Leistungsdruck in der Konsequenz die Richtung vorgeben. Die Erfüllung fremdgesetzter Vorgaben vom Prüfungs- und BAföG-Amt, von Eltern usw. ist auch mit etwas weniger Prüfungslast unerträglich; ohne eine solidarische und oppositionelle Haltung bleiben nur Rückzug, Verzweiflung, Frust und Verhärtung. Opposition heißt gemeinsam wirksam zu werden, entgegen dem Mantra des Egoismus, das alle zu rücksichtslosen Konkurrent\*innen erklärt, die Mitmenschen neu als Mitstreiter\*innen zu erfahren, und mit anderen für Verbesserungen und für eine antikapitalistische, antimilitaristische und soziale Entwicklung von Hochschule und Gesellschaft handlungsfähig zu werden kann.

Verzweiflung und Wut über soziale Ungleichheit und Gewalt, müssen nicht mit sich selbst ausgemacht werden, sondern können im Alltag – in Gesprächen mit anderen Studierenden, Dozierenden und Hausmeister\*innen – Bezugspunkt für Verbesserung sein. Aus dem Austausch gemeinsamer Interessen, muss eine gemeinsame Organisation zur Triebfeder werden für Opposition zu Hochrüstung und sozialem Kahlschlag, für die offensive Verwirklichung der Selbstverpflichtung der Hochschulen auf friedliche Zwecke (Zivilklauseln) in Studium, Lehre und Forschung, für das Abschütteln von Restriktionen (Versuchsrestriktionen), für die Neubestimmung der Studieninhalte und die Verbesserung der eigenen sozialen Lage als Teil sozialer Verbesserung für alle.

